Nationalrat geht gegen «Knebelverträge» vor

Hotels sollen Zimmer auf der eigenen Website günstiger anbieten dürfen als auf Buchungsplattformen. Der Nationalrat will Preisbindungsklauseln von Anbietern wie Booking.com künftig verbieten.

von Sebastian Gänger

Die grosse Kammer hat am Dienstag als Erstrat verschiedene Änderungen im Gesetz über den unlauteren Wettbewerb (UWG) gutgeheissen. Der Entscheid fiel mit 109:70 Stimmen bei 13 Enthaltungen. Die Vorlage geht auf einen Vorstoss des Solothurner Mitte-Ständerats Pirmin Bischof aus dem Jahr 2016 zurück, den das Parlament ein Jahr später an den Bundesrat überwiesen hatte. Obwohl die Regierung dagegen war, in die Praktiken von Buchungsplattformen einzugreifen, musste sie die Forderung umsetzen.

Mächtige Plattformen

Kern der nun vorliegenden Vorlage ist es, dass Booking.com und andere Portale Hotels nicht mehr verbieten dürfen, auf der hoteleigenen Website tiefere Preise anzubieten. Es geht um die sogenannten engen Preisparitätsklauseln. Bereits untersagt sind die weiten Preisparitätsklauseln. Solche verpflichten Hoteliers, auf allen ihren Vertriebskanälen mindestens einen gleich hohen Preis wie auf Buchungsplattformen anzubieten.

Das Thema ist seit Längerem aktuell. Bereits vor zehn Jahren hatte der Nationalrat Massnahmen gegen die Marktmacht von Online-Buchungsplattformen diskutiert. Eine Motion, die von Schweiz Tourismus forderte, kostenlose Buchungsplattformen für alle direkt vermarktbaren Hotelzimmer anzubieten, scheiterte damals allerdings deutlich. Inzwischen hat Booking.com seine marktbeherrschende Stellung ausgebaut. Gleichzeitig nimmt der politische Druck zu, dieser und anderen Buchungsplattformen engere Fesseln anzulegen.

Nachziehen mit dem Ausland

Geht es nach dem Nationalrat, sollen in Zukunft alle Paritätsklauseln verboten werden, also auch Verfügbarkeits- und Konditionenparitätsklauseln.



«Paritätsklauseln sind auch in den meisten Nachbarländern untersagt.»

Florence Brenzikofer
Grünen-Nationalrätin

Mit 98:88 Stimmen bei 4 Enthaltungen stimmte die grosse Kammer einem Antrag ihrer Rechtskommission (RK-N) zu und ging damit weiter als der Bundesrat. Grosse Plattformen seien durch ihre Marktmacht in der Lage, gerade kleinen und mittelgrossen Beherbergungsbetrieben ihre Regeln zu diktieren, lautete der Tenor. Die Schweizer Hotels und auch die Konsumentinnen und Konsumenten müssten deshalb geschützt werden.

Auch in den meisten Nachbarländern seien Paritätsklauseln untersagt, sagte Kommissionssprecherin Florence Brenzikofer (Grüne, Basel-Landschaft). Ziehe die Schweiz nicht mit, seien die hiesigen Beherbergungsbetriebe im Nachteil.

Nur die Vorteile im Fokus

SVP, FDP und GLP wollten mehrheitlich vom Preisbindungsverbot nichts wissen. Es werde eine Ausnahmeregelung für eine einzelne Branche geschaffen, machte die Minderheit geltend. Konsequenterweise müsste eine branchenübergreifende Lösung diskutiert werden. Judith Bellaiche (Zürich, GLP) hob zudem den Nutzen von Buchungsplattformen hervor. Erst dank solcher Plattformen erschienen Schweizer Hotels auf dem Schirm von Kundinnen und Kunden aus dem In- und Ausland. «Alle wollen von den Plattformen profitieren, aber niemand will für die Dienste bezahlen», kritisierte sie.

Mit Verboten werde der Wettbewerb behindert, befand Pirmin Schwander (SVP, Schwyz). Das Kartellgesetz schütze den Wettbewerb ausreichend. So könnten die Hoteliers weiterhin auf verschiedenen Onlineplattformen unterschiedliche oder den Kunden per Mail, am Telefon oder an der Rezeption auch günstigere Preise anbieten.

Zivilrecht, nicht Strafrecht

Booking.com wies in der Vergangenheit den Vorwurf zurück, dass die Schweizer Hoteliers «Knebelverträge» unterschreiben müssten. Die Plattform verlange etwa keine Grundgebühr, keine Eintrittsgebühr, keine minimale Vertragsdauer, und die Kommission würden nur fällig, wenn ein Kunde buche und im Hotel auch übernachte.

Trotzdem hat der Nationalrat nun gehandelt. Die neuen Regeln betreffen jedoch nur das Zivilrecht und enthalten keine strafrechtliche Sanktion. Eine linke Minderheit scheiterte mit dem Ansinnen, dass Verstösse gegen das Verbot von Paritätsklauseln auf Antrag mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft werden sollten.

Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Bundesrat soll EWR-Beitritt prüfen

Der Bundesrat soll Vor- und Nachteile einer Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) evaluieren und darüber Bericht erstatten. Diesen Auftrag hat er vom Nationalrat erhalten. Die grosse Kammer überwies ein entsprechendes Postulat von Roland Fischer (Luzern, GLP) – mit 112:69 Stimmen bei sechs Enthaltungen und gegen den Willen der SVP. Der Bundesrat erarbeitet derzeit einen Bericht zu den Beziehungen mit der EU. Dieser wird eine Beurteilung der Beziehungen der Schweiz zur EU vornehmen sowie Massnahmen zur Sicherstellung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt und einer guten Zusammenarbeit mit der EU umfassen. Die Frage des EWR-Beitritts wird in diesem Zusammenhang erläutert, wie der Bundesrat in seiner Antwort auf den Vorstoss schrieb. *(sda)*

Strengere Regeln für Staatsbetriebe

Das Bundesparlament will strengere Regeln für staatliche und staatsnahe Betriebe wie die Post oder die SBB. Ziel ist es, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Namentlich geht es um Hürden bei Übernahmen. Der Nationalrat hat am Dienstag als Zweitrat zwei entsprechende Motionen überwiesen. Der Bundesrat muss nun Vorschläge zur Umsetzung machen. Die Ständeräte Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden, FDP) und Beat Rieder (Wallis, Mitte) verlangen in ihren Vorstössen namentlich eine Anpassung des Wettbewerbsrechts. Der Ständerat hatte die Motionen in der Herbstsession 2021 angenommen. *(sda)*

Kein zweiter «Fall Postauto»

Das Parlament ist mit Gesetzesanpassungen grundsätzlich einverstanden, die Subventionsaffären wie zum Beispiel den «Fall Postauto» verhindern sollen. Unter anderem will es ein Gewinnverbot für subventionierte Regionalverkehrsunternehmen explizit vorschreiben. Der Ständerat hiess Änderungen im Personenbeförderungsgesetz mit 38:0 Stimmen gut. Details in der Vorlage sind aber noch umstritten. Etwa will der Ständerat Transportunternehmen, die von Bund und Kantonen bestellte Leistungen erbringen, für die Verwendung allfälliger Überschüsse mehr Freiheit lassen als Nationalrat und Bundesrat. Im subventionierten Regionalverkehr sollen gemäss der Vorlage keine Gewinne einkalkuliert werden dürfen. *(sda)*

Rat will CO_2-Entnahme fördern

Das Parlament will im Kampf gegen den Klimawandel auch auf die aktive Entnahme von CO_2 aus der Atmosphäre oder aus Abgasen setzen. Der Bundesrat hat den Auftrag erhalten, entsprechende Projekte finanziell zu fördern. Wie schon der Nationalrat hat am Dienstag auch der Ständerat einen entsprechenden Vorstoss der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (Urek-N) angenommen. Emissionsminderungen allein genügten nicht, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Der Bundesrat will nun zunächst prüfen, wie bestehende Förderinstrumente genutzt werden können. *(sda)*

Frauen setzen ein starkes Zeichen

Am Tag der Frauenrechte haben Frauen in der Schweiz mehr Gleichstellung und bessere Renten gefordert.

Schweizweit fanden an verschiedenen Orten Veranstaltungen im Rahmen des internationalen Tages der Frauenrechte statt. Sie reichten von Standaktionen wie etwa in Luzern über Podiumsdiskussionen beispielsweise in Zürich bis hin zu symbolischen Aktionen und Kundgebungen mit Fokus unter anderem auf die Frauen, die mit ihren Kindern aus der Ukraine flüchten mussten. So demonstrierten am Abend in Bern über 1000 Menschen «gegen systematische Gewalt durch Patriarchat, Kapitalismus, Rassismus, Grenzen und Staaten». Zu den Forderungen gehörte unter anderem ein einfacherer Zugang für Migrantinnen zum Arbeitsmarkt. Zudem wollten die Demonstrierenden ein Zeichen der Solidarität mit Menschen in Kriegsgebieten setzen. Weitere Kundgebungen fanden in Winterthur, Lausanne und Neuenburg statt.

Kampf gegen höheres Rentenalter

Nach wie vor hätten Frauen in der Arbeitswelt und im Pensionsalter mit Nachteilen zu kämpfen wie ungleichen Löhnen, fehlender Kinderbetreuung und einer massiven Rentenlücke. Es brauche höhere Frauenrenten, kein höheres Rentenalter, forderte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) in einer Mitteilung zum Weltfrauentag. Im Durchschnitt seien die Frauenrenten mindestens ein Drittel tiefer als Männerrenten. Das Parlament serviere den Frauen aber eine Rentenabbauvorlage nach der anderen. Mit Erfolg habe der SGB deshalb das Referendum gegen die Rentenvorlage AHV21 lanciert. Bekämpfen will der SGB auch Verschlechterungen in der Zweiten Säule. *(sda)*







Engagierte Frauen: Am Weltfrauentag demonstrieren Frauen auch in Genf (oben), und es werden Unterschriften gegen Rentenkürzungen gesammelt. In Lausanne werden weibliche Wissenschafterinnen geehrt (unten rechts). Bilder Salvatore Di Nolfi und Jean Guy Python / Keystone